



UMU

UMU-Mittelstandspreis 2003



Preisträger

Friedrich Merz MdB

stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



UMU

Die

Union Mittelständischer Unternehmen e. V. - UMU

würdigt zusammen mit

Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V. - ZDK,

Deutscher Steuerberaterverband e. V.,

Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e. V. - AWM,

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. - BGL

den besonderen Einsatz für den deutschen Mittelstand
durch Verleihung des

UMU-Mittelstandspreises 2003

an den Wirtschafts- und Finanzexperten und
stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herrn Friedrich Merz MdB

im Rahmen einer festlichen Feierstunde
am 15. Oktober 2003 in Köln.

Die Preisverleihung wurde gefördert durch:

Unternehmermagazin impulse

Privatbankhaus Reuschel & Co.



Inhalt

UMU-Mittelstandspreis – UMU würdigt die Verdienste von Friedrich Merz	3
Preisverleihung an Friedrich Merz	4
Ansprache von UMU-Präsident Hermann Sturm	4
Laudatio – Prof. Roland Berger	6
Laudatio – Ministerpräsident Roland Koch	10
Rede – Friedrich Merz	20
Rede – Thomas Voigt, Herausgeber Unternehmermagazin impulse	28
Grußwort – AWM-Präsident Ludger Theilmeier	32
Die Träger des UMU-Mittelstandspreises	34



UMU würdigt die Verdienste von Friedrich Merz um den Mittelstand

Die UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e.V. verleiht jedes Jahr den UMU-Mittelstandspreis an Persönlichkeiten des politischen Lebens, die sich besonders um die Belange des Mittelstands in Deutschland verdient gemacht haben.

Mit dem UMU-Mittelstandspreis 2003 zeichnet unser Verband den stellvertretenden Vorsitzenden

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz MdB aus. Ausschlaggebend für die Auszeichnung von Friedrich Merz war dessen beständiges Eintreten für umfassende steuerpolitische Reformen und eine langfristig tragfähige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Deutschland.

Ein Auszug aus den wirtschafts- und mittelstandspolitischen Leistungen und Verdiensten von Friedrich Merz:

- Der wirtschafts-, sozial- und steuerpolitische Sachverstand des Wirtschafts- und Finanzexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch über die Parteigrenzen hinweg allgemein anerkannt.

Friedrich Merz hat sich stets für solide, langfristig tragfähige Reformen eingesetzt und umfassende Reformvorschläge vorgelegt. In der Finanz- und Steuerpolitik ist die Forderung nach Nachhaltigkeit für ihn dabei immer ein zentrales Anliegen. Die Reformen sollten dabei in sich konsistent und in den Bereichen Staatsaufgaben, Staatsquote, Steuern, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aufeinander abgestimmt sein.

- Friedrich Merz hat den Mut, mit deutlichen Worten überfällige Diskussionen anzustoßen, auch wenn er sich dafür öffentlicher Kritik aussetzt, z. B. als er klare Worte gegen die Politik der Gewerkschaften fand, oder als er eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und eine Arbeitszeitverlängerung forderte.

- Grundlagen seiner Positionen sind dabei die Forderung nach weniger Staat, mehr Eigenverantwortung, Wettbewerb und Leistung sowie nach der Umsetzung des Prinzips »Fördern und fordern« als Grundlage moderner Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. So hat Friedrich Merz z. B. einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Arbeits- und Tarifrechts vorgestellt – wichtige Elemente darin sind die Möglichkeit zu beschäftigungsorientierten Abweichungen von Tarifverträgen oder mittelstandsfreundliche Korrekturen im Betriebsverfassungs- und Kündigungsschutzgesetz.

- Herausragend ist Merz' Einsatz für fundamentale Steuerreformen, so z. B. für die Abschaffung der Gewerbesteuer und insbesondere für ein einfaches und gerechtes Steuersystem, zu dem er ein viel beachtetes Modell vorgeschlagen und damit eine parteiübergreifende Diskussion initiiert hat. Der Mittelstand fordert ein solches Steuersystem seit langem.



UMU-Mittelstandspreis 2003 an Friedrich Merz

Am 15. Oktober 2003 wurde der allseits anerkannte Wirtschafts- und Finanzexperte und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Friedrich Merz MdB** in Köln mit dem UMU-Mittelstandspreis 2003 der UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e. V. - UMU ausgezeichnet. Die Preisverleihung an Friedrich Merz fand großes Echo bei den Medien. Verschiedene Fernsehstationen berichteten umfassend von der Veranstaltung.

Die UMU dankt dem **Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V. - ZDK**, Bonn, seinem Präsidenten **Rolf Leuchtenberger**, dem Unternehmermagazin **impulse**, Köln, seinem Herausgeber **Thomas Voigt**, und dem **Privatbankhaus Reuschel & Co.**, München, für ihre Mithilfe und Unterstützung bei der Preisverleihung.

Prominente Laudatoren

Bei dieser Preisverleihung durfte die UMU gleich zwei herausragende Laudatoren begrüßen, einen

aus der Politik und einen aus der Wirtschaft - den letztjährigen Preisträger, den hessischen **Ministerpräsidenten Roland Koch**, und **Prof. Roland Berger**, München, Deutschlands renommiertester Unternehmens- und viel gefragter Politikberater.

Unterstützerkreis

Die Verleihung des UMU-Mittelstandspreises an Friedrich Merz wurde neben dem Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. auch von anderen wichtigen deutschen mittelständischen Verbänden ideell unterstützt - von der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e.V. - AWM, Berlin, dem Deutschen Steuerberaterverband e.V., Berlin, und dem Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Bad Honnef.

Diese Verbände vertreten mit der UMU zusammen rund 200.000 Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler mit insgesamt über 1 Million Mitarbeitern.



Bei der Urkundenübergabe: v. l. **Ludger Theilmeier**, Präsident Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e.V. - AWM, Gütersloh, **Werner Küsters**, Präsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, Vizepräsident AWM, Neuss, UMU-Präsident **Hermann Sturm**, **Friedrich Merz**, **Jürgen Pinne**, Präsident Deutscher Steuerberaterverband e.V., Oberweser, **Rolf Leuchtenberger**, Präsident Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. - ZDK, Hamburg, **Ministerpräsident Roland Koch**, **Prof. Roland Berger**



Gründe der Jury

Ausschlaggebend für die Jury, um Merz als Preisträger des Jahres 2003 auszuwählen, war u. a. dessen kompetentes Eintreten für steuerpolitische Reformen, insbesondere für eine Entlastung des Mittelstandes und eine sehr weitgehende Steuervereinfachung, sowie Merz' beständiger und konsequenter Einsatz für eine langfristig tragfähige Wirtschafts-,

Finanz- und Sozialpolitik in Deutschland. Dass Friedrich Merz dabei öffentlich sehr deutlich Stellung bezieht, überzeugte die Jury dabei umso mehr.

„Friedrich Merz tritt für sinnvolle Wirtschaftsreformen ein, kämpft für eine Vereinfachung der Gesetze und wendet sich

gegen die Sozialreformer und Sozialromantiker in der eigenen Partei. Merz hat sich auch nicht gescheut, die falsche Politik einzelner Gewerkschaften mit klaren Worten zu kritisieren.“, so UIMU-Präsident **Hermann Sturm**, der, um den beiden Laudatoren nicht vorzugreifen, in seiner Eröffnungsansprache nur kurz auf die Leistungen von Friedrich Merz einging.

Forderungen an die Politik

Stattdessen stellte Präsident Sturm auch die Forderungen der UIMU an die Politiker dar, u. a.:

- keine Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freie Berufe
- Erhalt der vollen Verlustverrechnungsmöglichkeiten für den Mittelstand
- radikale Vereinfachung des Steuersystems
- umfassender Bürokratieabbau
- grundlegende Reform von Kranken- und Rentenversicherungssystem

- pfändungsfreies Sozialvermögen für Unternehmer
- Kammerwettbewerb.

Zartes Konjunkturpflänzchen

Angeichts der aktuellen Steuerdiskussionen sprach sich UIMU-Präsident Sturm eindeutig gegen jegliche Steuererhöhungen für den kleinen Mittelstand aus, z. B. durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage oder Einschränkungen der vollen Verlustverrechnung mit Gewinnen. Genauso wie die Einführung der Gewerbesteuer für freie Berufe bedeuteten diese Maßnahmen eine Katastrophe für den Mittelstand und förderten die Arbeitslosigkeit.

Im Gegensatz zu Friedrich Merz und Roland Koch befürwortete Sturm ein Vorziehen der Einkommensteuer-Reform auf 2004: *„Nicht erst seit Ludwig Erhard wissen wir, dass die Psychologie ein entscheidendes Element der Wirtschaft ist. Eine positive Stimmung bzw. Motivation ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft. Und jetzt, so zeigen viele Umfragen, keimt die Motivation und die Konjunktur endlich wieder. Diesen*



UIMU-Präsident Hermann Sturm



Friedrich Merz stiftet die Dotierung des Preises an die Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft, Berlin, die sich zum Ziel gesetzt hat, die ökonomische Bildung in den Schulen zu verbessern

Keim dürfen wir nicht durch neue Belastungen ersticken, sondern müssen sein Wachstum fördern, z. B. durch eine vorgezogene Steuerreform.“



Laudatio durch Prof. Roland Berger

Sehr geehrter Herr Merz,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

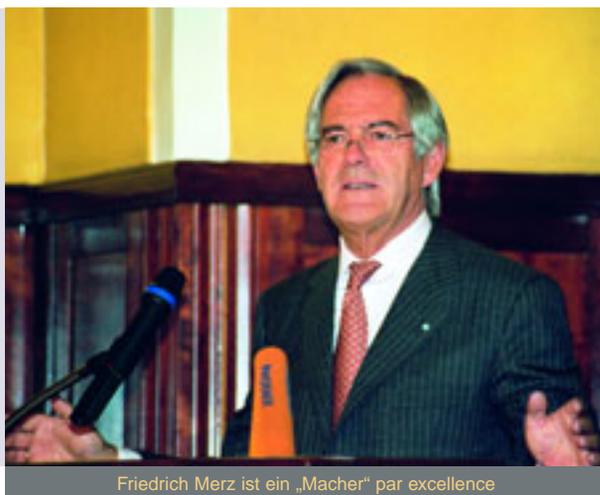
der Mittelstandspreis der Union Mittelständischer Unternehmen geht in diesem Jahr an einen der profiliertesten Köpfe, die die Politik in unserem Lande prägen. Er geht an eine Persönlichkeit, von deren herausragenden Fähigkeiten wir – wenn ich das einmal so sagen darf – erst seit vergleichsweise kurzer Zeit, dafür aber umso mehr, profitieren können. Denn seine Entscheidung, in die Bundespolitik zu gehen, liegt noch nicht einmal zehn Jahre zurück.

Lebensweg von Friedrich Merz

Lassen Sie mich kurz einige Worte zu dem Weg Friedrich Merz' in die Politik sagen: 1955 im sauerländischen Brilon geboren, machte Friedrich Merz Abitur und Wehrdienst, studierte Jura und begann seine berufliche Laufbahn als Richter am Amtsgericht Saarbrücken. Später war er erfolgreich als Rechtsanwalt in Köln, Bonn und Frankfurt tätig, unter anderem beim Verband der Chemischen Industrie. Im Jahr 1988, als er gerade eine Familie gegründet und sich entschlossen hatte, als Anwalt Fuß zu fassen, fragten ihn alte Freunde aus Junge-Union-Zeiten, ob er nicht den frei gewordenen heimischen Europa-Wahlkreis übernehmen wolle. Das tat er und wurde Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Es dauerte allerdings noch weitere fünf Jahre, bis Friedrich Merz die bundespolitische Bühne betreten sollte. Im Jahr 1994 holte er im Hochsauerlandkreis das Direktmandat und ging als Abgeordneter in den deutschen Bundestag. Von diesem Zeitpunkt an war sein politischer Aufstieg nicht mehr zu stoppen. Friedrich Merz machte sich schnell einen Namen als Steuer- und Finanzfachmann. Ohne den Sauerländer, der kaum ein Jahr nach seinem Eintritt in die Bundespolitik bereits Vorsitzender der Steuerkommission der CDU wurde und nach einem weiteren Jahr sogar Obmann im Finanzausschuss des Bundestags, ging kaum noch etwas in der Steuer- und Finanzpolitik der Union. 1998 ver-

teidigte er sein Direktmandat und wurde zu einem der sechs stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Zwei Jahre später, im Februar 2000, wurde er nach gerade einmal sechs Jahren in der Bundespolitik und im Alter von 44 Jahren Vorsitzender der größten deutschen Oppositionsfraktion. Heute ist Friedrich Merz stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU.



Friedrich Merz ist ein „Macher“ par excellence

Drei Gründe für den Aufstieg

Wenn jemand in einer solch hohen Geschwindigkeit wie Friedrich Merz zu den einflussreichsten Denkern und Entscheidern in Deutschland aufsteigt, fragt man sich natürlich, wie das gelingen konnte.

Ich glaube, dass sein Erfolg auf mindestens drei Gründen beruht:

Erstens, Friedrich Merz ist ein brillanter Analytiker, er ist auffassungsschnell und von überragender Intelligenz. Seine unbestrittene Kompetenz und Detailkenntnis in vielen komplizierten Sachgebieten aus Finanz- und Wirtschaftspolitik sind die Basis seines Erfolgs. Er arbeitet hart, ist fleißig, und hat es so geschafft, das wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenzprofil der CDU/CSU deutlich zu schärfen. Merz wird über die eigenen parteipolitischen Grenzen als einer der kompetentesten Wirtschafts- und Finanzfachleute geschätzt. Für die Union ist er unersetzlich.



Zum zweiten ist Friedrich Merz mutig, entschlossen und sehr energisch. Mutig sind beispielsweise seine Stellungnahmen gegen den Gewerkschaftseinfluss oder wenn er im Zusammenhang mit den Herzog-Vorschlägen von der „Entsozialdemokratisierung der Union“ spricht. Friedrich Merz hat zudem die Qualitäten eines guten Managers: Hohes Engagement, bisweilen auch Ungeduld, in jedem Fall aber das Bedürfnis, Dinge voranzubringen – diese Fähigkeiten machen ihn zum „Macher“ par excellence. Seine eigene Fraktion hat er mit seiner Art, die Dinge voranzutreiben, immer überzeugen und hinter sich bringen können.

Dass seine Gedanken, Konzepte und Vorschläge jedoch so breit rezipiert werden, liegt vor allem auch – drittens – an seinen rhetorischen Qualitäten. Denn wenn man in einer so komplizierten Materie wie dem Steuerrecht oder der Finanz- und Wirtschaftspolitik verstanden werden will, muss man gut und mit verständlichen Worten erklären können. Und das kann Friedrich Merz. Ihm gelingt es außerdem, Menschen mitzureißen. Engagiert, scharfzüngig und schlagkräftig, energisch in Mimik und Gestik und stets versehen mit einem Schuss Sarkasmus trägt er seine Reden im Bundestag vor. Im Jahr 1996 gewann Friedrich Merz deshalb auch den Wettbewerb um den besten Nachwuchsredner des Parlaments.

Sein rhetorisches Geschick hat ihn bereits zu Zeiten von Oskar Lafontaine zu einem mehr als ebenbürtigen parlamentarischen Gegner bei wirtschafts- und finanzpolitischen Sach- wie Grundsatzzfragen werden lassen. Mit seiner Angriffslust, seinem taktischen Geschick und seinem schier unerschöpflichen Reservoir an klaren Formulierungen und passenden Metaphern ist er in der parlamentarischen Debatte stets der gefährlichste Gegner der Regierung – nicht nur in Wirtschafts- und Finanzfragen. Friedrich Merz gilt – und auch das nicht nur in der Union – als die ideale Besetzung für den Job des Bundesfinanzministers.

Diese drei Qualitäten – der sachkundige Experte in Finanz- und Wirtschaftsfragen, der kluge,

aber auch stets mutige und pointierte Taktiker und der brillante Redner – gehören sicherlich zu den zentralen Erfolgsfaktoren des Vollblutpolitikers, den wir heute mit der Urkunde der Union Mittelständischer Unternehmen ehren wollen.

Meine Damen und Herren, es ist schon beeindruckend, in wie vielen Sachgebieten Friedrich Merz zu Recht als Spezialist gilt: Seine Expertise reicht von Fragen der Finanzpolitik – die Euro-Einführung begleitete der ehemalige Europaabgeordnete beispielsweise als Berichterstatter seiner Fraktion – über die Steuer- und Fiskalpolitik – die Vorschläge der Union tragen stets seine Handschrift – bis hin zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.



Laudator Prof. Roland Berger

Merz'sche Steuerreform

In gut zwei Wochen werden wir wieder viel Sinnvolles, Durchdachtes und Zukunftsweisendes von Friedrich Merz hören, wenn er sein Konzept für ein – endlich – einfaches und transparentes Steuersystem im Detail vorstellt. Die bereits bekannten Grundzüge klingen wie Musik in den Ohren jedes Mittelständlers: Einkommensteuersätze von nur noch 12, 24 und 36 Prozent, eine deutliche Vereinfachung des Steuersystems durch die Reduzierung von Steuerarten sowie eine Unternehmenssteuerbelastung inklusive Gewerbesteuer von nur noch 36 statt bisher 39 Prozent.



Engagiert für den Mittelstand

Friedrich Merz setzt sich kenntnisreich für die Belange des Mittelstands und des Unternehmertums ein. Noch während der Regierungszeit von Union und FDP hat er die Rahmenbedingungen für den Mittelstand entscheidend verbessert, unter anderem durch Maßnahmen zur Deregulierung und zum Abbau bürokratischer Hürden, durch eine erste Lockerung des Ladenschlussgesetzes sowie eine Reform des Kartellrechts.

Später opponierte er erfolgreich gegen die Scheinselbstständigkeitsgesetze der rot-grünen Bundesregierung, kritisierte eine steuerliche Ungleichbehandlung von mittelständischen Personenunternehmen im Vergleich zu Kapitalgesellschaften und heute fordert er unter anderem, Existenzgründungen zu erleichtern, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch umfassende Deregulierung und Bürokratieabbau dem Mittelstand wieder mehr Luft zum Atmen zu geben.

Marktwirtschaftliche Grundüberzeugungen

Meine Damen und Herren, das Engagement unseres Preisträgers für die mittelständischen Unternehmen in Deutschland ist vorbildlich. Und es ist eingebettet in seine marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen. Denn Friedrich Merz ist ein „Überzeugungstäter“, der sich für freies Unternehmertum einsetzt und staatliche Bevormundung wie staatlichen Dirigismus bekämpft.

Als Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung propagiert er die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das einerseits die Dynamik des Marktes voll in Wachstum und Prosperität umsetzt, andererseits aber sozialen Härten vorbeugt, ist das erklärte Ziel der politischen Arbeit von Friedrich Merz.

Dieses Ziel kann ich nur unterstützen, und selbstverständlich teile ich auch seine marktwirtschaftliche Grundüberzeugung. Denn nur die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Effizienz von Markt und Wettbewerb mit der sozialpolitischen Absicherung für Menschen, die unverschuldet in existenzielle Risiken geraten oder Verlierer des Strukturwandels sind. Das gilt auch und gerade in Zeiten globalisierter

Märkte, hoher Arbeitslosigkeit und aus dem Ruder gelaufener Staatsschulden.

Die Union erhebt stets Anspruch, zur Politik der rot-grünen Bundesregierung die marktwirtschaftlicheren Alternativen zu bieten. Oft ist es Friedrich Merz, der am konsequentesten danach strebt, das Profil der Partei in diesem Sinne zu schärfen.

Die Prinzipientreue, mit der er wettbewerbsorientierte Sozialreformen und eine auf Rücknahme des Staates bedachte Finanzpolitik einfordert, ist bewundernswert. Sie schafft ihm aber nicht nur Freunde. Friedrich Merz wendet sich offen und bestimmt gegen die Blockierer und Sozialromantiker im Land – und zwar egal, ob sie aus den eigenen Reihen kommen oder nicht.

Friedrich Merz gehört zwar nicht zu den sogenannten »Jungen Wilden« der Partei. Dennoch kann man sicherlich behaupten, dass er genauso „wild“ darauf ist, in guter konservativer Tradition die Probleme beim Namen zu nennen, anzupacken und zum Besseren zu wenden. Und zu den „Jungen“ gehört unser profilierter Mittelstands-Preisträger mit seinen 47 Jahren natürlich auch noch.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass Friedrich Merz auch künftig die Geschicke der großen konservativen Partei Deutschlands – aber zu gegebener Zeit auch als Mitglied einer Bundesregierung an prominenter Stelle die Geschicke unseres Landes – mit Kompetenz und Engagement mitbestimmen wird und uns Mittelständlern auf diese Weise weiterhin Gutes tut.

Für Ihren weiteren Weg mit den vielen Aufgaben, die vor Ihnen liegen mögen, wünschen wir Ihnen, lieber Friedrich Merz, alles Gute und viel Erfolg. Bleiben Sie dem Mittelstand, den Sie durch Ihr engagiertes Handeln so tatkräftig und vorbildhaft unterstützt haben, auch in Zukunft treu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

▶▶
Johann Straub,
 Vizepräsident UMU,
 München,
Dieter Ibielski,
 Präsidiarbeitsrat UMU,
 Steinbach/Ts.,
Friedrich Merz,
 UMU-Präsident
Hermann Sturm



Hotel Ernst



▶▶ UMU-Präsident **Hermann Sturm**, Ministerpräsident **Roland Koch**, Prof. Dr. **Axel Pestke**, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband e.V., Berlin, **Jürgen Pinne**, Präsident Deutscher Steuerberaterverband, Oberweser



▶▶ Prof. **Roland Berger**, München, Dr. **Martin Posth**, Präsident des Asien-Pazifik-Forum Berlin e.V., Mitglied des Vorstandes der VW AG a. D., Berlin

▶▶
Peter Strumberger,
 Vorstand Strumberger
 Wieland Steuerbera-
 tungsgesellschaft AG,
 München,
**Dr.-Ing. Carl August
 Günther**, Vorsitzender
 Deutsche Sektion des
 European Council of
 Civil Engineers e.V.
 ECCE, Eschweiler,
Friedrich Merz,
Ludger Theilmeier,
 Präsident Aktionsge-
 meinschaft Wirtschaft-
 licher Mittelstand e.V. -
 AWM, Gütersloh,
Rolf Leuchtenberger,
 Präsident Zentralver-
 band Deutsches Kraft-
 fahrzeuggewerbe e.V. -
 ZDK, Hamburg,
Prof. Roland Berger,
 Ministerpräsident
Roland Koch





Laudatio durch Ministerpräsident Roland Koch

Sehr geehrter Herr Präsident Sturm,
Herr Prof. Berger,
lieber Friedrich Merz,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, zum zweiten Mal bei Ihnen zu Gast sein zu dürfen, und ich freue mich ganz besonders, über die Politik meines Freundes Friedrich Merz sprechen zu können – wobei, Herr Prof. Berger, ein Berater selten so uneingeschränkt Recht gehabt hat wie Sie in der letzten halben Stunde. Dem muss ich eigentlich wenig hinzufügen.

Politik erklären

Ich möchte nur aus dem Innenleben der Christlich Demokratischen Union eines bestätigen: Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass Friedrich Merz am besten, am eindrucksvollsten, aber auch am verständlichsten in der Lage ist, eine einheitliche Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu beschreiben. Und das liegt sicherlich an seinen Fähigkeiten, die hier meine Vordröner schon beschrieben haben.

Es liegt aber sicherlich auch daran, dass es innerhalb der deutschen Gesellschaft und auch innerhalb einer großen Volkspartei wie der Union einen besonders großen Bedarf für verständliche Erklärungen der Zusammenhänge gibt, für ein Gesamtbild, das dem Betrachter verständlich ist. Dieses Bild soll sich nicht von vornherein in den Einzelheiten und letzten tiefen Verästelungen jeder Regelung verlieren – wie wir das in Deutschland oft viel zu schnell tun –, sondern deutlich machen, was wir eigentlich wollen. Eine politische Debatte sollte nicht damit beginnen zu fragen, was alles noch schön wäre zu haben, sondern damit, worauf es im Kern ankommt.

Damit verdeutlichen diejenigen, die Entscheidungen treffen, denjenigen, die Entscheidungen ertragen müssen, warum ein Politiker eine Frage in einer bestimmten Weise beantwortet. Wir haben in Deutschland Probleme damit, den Men-

schen politische Entscheidungen zu vermitteln. Aber zu behaupten, dass wir Politiker daran völlig unschuldig seien, würde unsere Rolle zu gering schätzen, denn wir sind dafür verantwortlich, dass Entscheidungen getroffen werden.

Aber wir Politiker sind nicht die einzigen Beteiligten in diesem Entscheidungsprozess. Ein nicht unbeachtlicher Teil dieses Prozesses sind die Wähler. Um in dem Bild einer Aktiengesellschaft zu sagen: Das sind unsere Aktionäre, und davon gibt es allein 55 Millionen stimmberechtigte auf der Hauptversammlung. Die haben einen Anspruch darauf, nachvollziehen zu können, was wir ihnen eigentlich zur Entscheidung vorlegen, denn am Ende können wir es ohne sie nicht entscheiden.

Über das eigene Risiko entscheiden

So lange alles gut geht und prima läuft, ist der politische Kampf vergleichsweise einfach, weil es nur darum geht, wer sich als Verantwortlicher am besten in Szene setzen kann. Und auch für den Wähler ist die Entscheidung einfach unter der Grundvoraussetzung: Ich will zustimmen; ich muss mich nur noch festlegen, bei wem. In einer Situation jedoch, in der derjenige, der das Stimmrecht in der Hand hat, über eigene Risiken beschließen muss, verwandelt sich Dankbarkeit in Skepsis. Das enthebt ihn aber nicht von der Entscheidung. In dieser Lage taucht beim Wähler die Frage auf: Wem traue ich zu, dass er mir ein politisches Konzept vorlegt, das die Risiken, die einzugehen offenbar notwendig ist, in ihren Grundzügen erkennbar macht?

Zweifellos ist die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse eine der größten Herausforderungen, besonders in einer Wohlstandsgesellschaft. Denn in einer Wohlstandsgesellschaft ist die Zahl derjenigen, die eine Veränderung vornehmlich als Chance begreifen, wesentlich geringer als die Zahl derjenigen, die Veränderungen vornehmlich als Risiko betrachten, weil sie eigentlich damit zufrieden wären, wenn alles so bliebe, wie es ist. Das macht das politische Kommunikationsproblem umso größer.



Und wenn Sie Vertreter einer politischen Partei sind, zu der viele Vertreter der Leistungsgeneration, auch der Vergangenheit, gehören – mittelständische Unternehmer, Leistungsträger aus den Reihen der Angestellten oder Freiberufler –, die nun erkennen, dass das Veränderungsrisiko sich nicht nur auf bestimmte soziale Gruppen beschränkt, sondern auf einmal ein allgemeines Veränderungsrisiko wird, dann entsteht daraus eine gigantische politische Herausforderung.

Eine der Antworten, welche die Union in Person des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit der Zuständigkeit für Finanzen und Wirtschaft darauf gegeben hat – und das setzt einen entsprechend kompetenten Amtsinhaber voraus – ist, dass wir uns nicht mehr darauf konzentrieren wollen, die Probleme im einzelnen zu lösen, sondern zu zeigen, wie die Dinge zusammenhängen. Das ist ein erster aber entscheidender Schritt, um die politischen Verhältnisse zu ändern.

Neue Schuldendimension

Das ist keine bequeme Aufgabe für Friedrich Merz, denn zunächst ist er einmal derjenige, der dem Bundesfinanzminister antwortet, wenn dieser seinen Haushalt vorlegt. Und wer heute über Haushalte in Deutschland diskutiert, diskutiert über Schulden, und zwar über Schulden in einer Dimension, die dem Bürger nur noch schwer zu kommunizieren ist.

Wir hatten im Jahr 2000 eine Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte von insgesamt rund 27 Milliarden Euro, im Jahr 2001 waren es 47 Milliarden Euro und im Jahr 2002 bereits 57 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind wir bei 67 Milliarden angekommen, die Hans Eichel Ende August gegenüber Brüssel eingestanden hat. Und das ist noch geschönt, denn wir werden die

80 Milliarden mit ziemlicher Sicherheit überschreiten. – 27, 47, 57, mehr als 80! Diese Zahlen bedeuten für den Unionspolitiker, der darüber sprechen muss, eine Herausforderung, deren Dimension öffentlich weitgehend unerkannt ist.

Deutschland bricht die Regeln

Hinzu kommt – und das weiß Friedrich Merz als früherer Europapolitiker und EU-Abgeordneter sehr genau –, dass wir nicht so frei sind,

unsere nationale Ökonomie allein nach unseren Regeln zu spielen. In der Debatte über Maastricht haben wir uns in Europa unter seiner Mitwirkung Regeln zur Stabilisierung unserer Währung gegeben. Damals haben wir eigentlich gedacht, dass wir einige andere ein bisschen in Grenzen halten müssten. Heute darf man

die Zeitungsartikel gar nicht mehr auspacken, die darüber in Deutschland von Nord bis Süd geschrieben wurden. Wir Deutsche müssen uns eigentlich nachträglich bei den Griechen, Italienern, Spaniern, Portugiesen und vielen anderen entschuldigen. Denn heute steht fest, dass die größte Gefahr für das damals geschaffene Recht inzwischen von uns ausgeht: Wir fegen diese Rechtsvorschriften jetzt einfach beiseite und steuern beim Kriterium Neuverschuldung eine 4 Komma X an.

Niemand darf die Tragweite dieser Rechtsverletzung für ein zusammenwachsendes Europa unterschätzen. In Europa ist Wirtschaftsrecht das zentrale Recht. Wir sind kein einheitlicher Staat, sondern eine Staatengemeinschaft, deren engste Verflechtungen durch die Wirtschaft entstehen, und deshalb ist das Recht der Wirtschaft die engste Bindung in diesem Europa. Wir werden das zweite Stabilitätskriterium – eine öffent-



„Friedrich Merz gibt die richtigen Antworten!“



liche Gesamtverschuldung von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – ebenso leichtfertig überschreiten. Und für das nächste Jahr plant die Bundesregierung, nach dem, was sie vorlegt, als Zielmarke eine laufende öffentliche Neuverschuldung gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt von noch 4 Prozent. Das bedeutet: Wir befürchten den Rechtsverstoß schon nicht mehr, wir beginnen ihn bereits einzuplanen!



„Mit der Strukturkrise umzugehen erfordert Veränderungsbereitschaft“

All das nährt meine Skepsis, ob wir im Augenblick Steuern erlassen können, indem wir die Einkommensteuerreform vorziehen. Wenn es legal möglich ist, bin ich ja dafür. Aber das europäische Recht ist nicht irgendetwas, das versehentlich einmal geschrieben wurde, um es anschließend wegzuworfen, sondern davon hängt die Stabilität unserer Währung ab. Wenn wir die nicht aufrecht erhalten, werden ein paar Bewerber in Europa noch einmal überprüfen, ob sie es denn ernst meinen sollten mit den Stabilitätskriterien, jedenfalls dann, wenn sie merken, dass wir selbst es damit nicht ernst gemeint haben. Um dies zu verhindern, muss jetzt die Frage beantwortet werden: Wie schaffen wir es, ohne eine solche Verschuldung wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen?

Antworten auf Struktur-, nicht Konjunkturkrise

Der Wirtschaftspolitiker Friedrich Merz findet auf diese Frage schneller als andere eine Ant-

wort: Im Gegensatz zu unseren amerikanischen Kollegen, die im Augenblick massiv und unter Inkaufnahme eines hohen Haushaltsdefizits Geld in das Feuer der Wirtschaft blasen, um die Konjunktur anzukurbeln, weiß er und trägt mit großem Engagement vor, dass wir uns nicht in einer konjunkturellen Krise befinden und dass wir die Krise deshalb auch nicht durch konjunkturell kurzfristig wirkende Maßnahmen beherrschen können, sondern dass wir uns in einer Strukturkrise befinden. Und aus dieser Erkenntnis resultiert dann die entscheidende Frage, die uns in den kommenden Jahren beschäftigen wird: Sind wir in der Lage, mit dieser Strukturkrise umzugehen? Denn das erfordert Veränderungsbereitschaft.

Wenn ich nur eine Konjunkturkrise habe, muss ich eigentlich nichts ändern, außer dafür zu sorgen, dass ein bisschen mehr Sauerstoff ins Feuer gegeben werden muss. Aber wenn Sie ein Unternehmen sanieren müssen und sehen, dass jedes Produkt, das Sie verkaufen, nur zu 80 Prozent der Gestehungskosten verkäuflich ist und Sie fangen als Sanierer erst einmal damit an, eine große Werbekampagne für das Produkt zu betreiben, dann könnte es sein, dass Sie – statt Erfolg zu haben – eher den Ruin beschleunigen. In dieser Situation werden wir in Deutschland sein, wenn wir mit dem Sanieren an der falschen Stelle anfangen. Wenn in diesem Land ein Unternehmer ein neues Produkt in sein Warensortiment implementieren will, dann muss er sicher sein, dass ihm, was den Einsatz der Arbeitskräfte und die Arbeitskosten betrifft, ausreichend Flexibilität bleibt, um international wettbewerbsfähig zu sein. Und wenn der Unternehmer diese Sicherheit bei uns nicht hat, dann wird er sein neues Produkt oder die neue Idee nehmen und sie irgendwo umsetzen, wo er diese Flexibilität hat. Und in der Europäischen Union mit einheitlicher Währung gibt es natürlich solche Alternativen.

Klare Ordnungspolitik

Diese Situation haben wir mit geschaffen, und sie stellt uns vor die große Herausforderung, eine ganzheitliche Politik mit ordnungspolitisch klaren Vorstellungen zu denken. Und ich meine, Friedrich Merz hat auch dafür viele Beispiele geliefert. Ordnungspolitik heißt dabei für Politi-



ker, die pragmatische Entscheidungen treffen müssen, immer auf dem schmalen Grat zwischen dem, was unabweisbar notwendig, und dem, was prinzipiell geboten ist, zu wandeln. Diese Grenze zu erkennen und das rechte Maß zu halten, gehört zu den Künsten der Politik und ihren Erfolgsgeheimnissen. Das Entscheidende dabei ist, dass am Ende nicht die Abwägung eliminiert wird, ob etwas prinzipientreu ist oder nicht, weil man sich längst daran gewöhnt hat, dass es ohnehin keine Prinzipien gibt.



„Zuerst brauchen wir klare ordnungspolitische Vorstellungen“

Die Grenzen von Kompromissen

Das ist übrigens der Grund, warum ich großen Respekt vor den Nöten und Schwierigkeiten habe, die Friedrich Merz mit seiner Zustimmung zum Gesundheitskompromiss hatte. Ich selbst war mir durchaus nicht sicher, ob es klug war, sich auf einen Gesundheitskompromiss zu einigen. Aber auch hier im Saal wird ja wie überall in Deutschland im Augenblick sehr viel nach Kompromissen gerufen; teilweise, weil die Menschen denken: Wir wissen gar nicht mehr, worüber Ihr Euch streitet; setzt Euch zusammen und streitet nicht mehr! – Ich möchte mahndend einwerfen, dass es ein paar Dinge gibt, über die man streiten muss, weil wir da wirklich ganz unterschiedlicher Meinung sind. Aber wenn man sich auf den Weg des Kompromisses begibt, steht man am Ende möglicherweise vor der schwierigen Abwägung, ob man auch Dinge unterschreiben

soll, bei denen sich einem eigentlich der Magen umdreht, weil man merkt, dass die Einigung in diesen Teilen den eigenen Prinzipien widerspricht.

Wenn ich von der pharmazeutischen Industrie in Deutschland einen 16-prozentigen Abschlag vom Umsatz als staatliche Prämie einziehe, dafür dass ich eine gesetzliche Regelung zu ihrem Nachteil erst zwei Jahre später erhebe, obwohl ich vorher von der gleichen pharmazeutischen Industrie 400 Millionen Euro als Prämie dafür bekommen habe, das, was ich jetzt tue, nicht zu tun, dann ist dies das absolute Gegenteil von berechenbaren Rahmenbedingungen. Es ist auch das Gegenteil von Ordnungspolitik, da es darauf hinausläuft, dass ich als Unternehmer lieber in ein Spielcasino gehen sollte, weil die Frage, ob ich dort Gewinn oder Verlust mache, wahrscheinlich genauso berechenbar ist wie die Gesetzgebung dieses Landes.

Die prinzipielle Frage, die uns am Ende beschäftigen muss, ist: Lassen wir die, die im Augenblick nun einmal die Regierung stellen, den Karren vollends vor die Wand fahren?

Ich bin Friedrich Merz am Ende für beides dankbar: Ich bin dankbar, dass er zum Schluss den Kompromiss – wenn auch mit schmerzverzerrtem Gesicht – mitgetragen und ermöglicht hat, aber auch, dass er vorher allen Beteiligten die Pflicht auferlegt hat, darüber nachzudenken, wo die Grenzen von Kompromissen sind. Für mich ist das ein sehr gutes Beispiel für die beiden Elemente, die in der Frage von Prinzipien und Ordnung in der Politik eine Rolle spielen.

Schlüssel Arbeitsrecht

Wenn wir heute darüber reden, was denn der erste Schritt ist, wo der Schlüssel liegt, um ordnungspolitisch korrekt aus der Finanz- und Strukturkrise herauszukommen, dann wird Friedrich Merz sagen: „Die Veränderung des Arbeitsrechts“. Ein Gesetz dazu hat er vor ein paar Monaten vorgelegt, das aber auf Grund der allgemeinen Stimmungslage in der öffentlichen Wahrnehmung leider nicht die notwendige Beachtung gefunden hat.



Ich sympathisiere sehr mit einer grundlegenden Reform des Steuerrechts. Friedrich Merz und ich, wir beide haben nächtelang in Vorbereitung der Petersberger Beschlüsse an Dingen gearbeitet, die wir heute bequem wieder auspacken können, weil sie immer noch richtig sind. Ohne die Strategiebeschlüsse von Oskar Lafontaine wären sie auch schon ein halbes Jahrzehnt Gesetz. Und dies wäre auch wichtig für die Stimmung in diesem Land, denn irgendwann werden die Menschen wieder wissen wollen, warum sie eigentlich Steuern zahlen und in welcher Höhe. Aber eine Steuerreform allein wird kein Wirtschaftswachstum in Deutschland bringen. Denn auch das muss gesagt werden: Die Steuerquote in Deutschland ist nicht das gefährlichste Problem für unsere Wettbewerbsfähigkeit, die Verteilung der Steuerquote schon ein bisschen mehr, aber auch das ist nicht unser gefährlichstes Problem. Dennoch muss es natürlich gelöst werden.

Wenn wir jedoch mit wirtschaftspolitischen Reformen einen Aufschwung herbeiführen wollen, dann müssen wir dort ansetzen, wo wir es können, wo es den ordnungspolitischen Grundsätzen von Marktwirtschaft entspricht und wo marktwirtschaftliche Grundsätze im Augenblick am entschiedensten verletzt sind: beim Arbeitsmarkt. Deshalb beruhte das erste Gesetz, das Friedrich Merz vorgelegt hat, das Gesetz zur Renovierung, zur Veränderung des Arbeitsmarktes, wiederum auf einem sehr einfachen Prinzip: Freiheit und Selbstbestimmung.

Arbeitnehmer müssen selbst entscheiden können

Das Identitätsproblem unserer sozialdemokratischen Kollegen besteht zur Zeit darin, dass sie sich von der historischen Wahrnehmung Ferdinand Lassalles nicht lösen können. Die sozialdemokratische Partei ist als Schutzmacht der kollektiven Interessen der Arbeitnehmer gegründet worden. Das ist der historische Grund, warum sie entstanden ist, und das war ein guter Grund, weil Arbeitnehmer unter den Bedingungen der damaligen Zeit faktisch schutzlos waren. Doch diese Arbeitnehmer hatten eine andere Ausbildung, es gab ein anderes Sozialsystem und es gab keine gesetzlich festgelegte betriebliche Mitbestimmung.

In diesen Tagen müssen wir nun mit den Sozialdemokraten darüber diskutieren, ob wir die prinzipiellen Veränderungen, die sich im Verlauf eines Jahrhunderts entwickelt haben, zur Kenntnis nehmen oder ignorieren wollen.



„Beim Arbeitsmarkt sind die marktwirtschaftlichen Grundsätze am entschiedensten verletzt“

Wenn man die Veränderungen zur Kenntnis nimmt, dann muss man sich die Frage stellen, wie wir auf den neuen Verhältnissen eine neue Stufe der Sozialen Marktwirtschaft aufbauen können – in einer Welt, die viel schneller geworden ist, in der Produktzyklen viel kürzer und die Wettbewerbssituationen viel härter geworden sind und dabei gleichzeitig die Arbeitnehmer besser ausgebildet und auch von ihrer Eigentums- und wirtschaftlichen Situation wesentlich unabhängiger sind als vor einem Jahrhundert und darüber hinaus geordnete innerbetriebliche Mitbestimmungs- und Interessenvertretungsstrukturen existieren.

Das ist keine Marktwirtschaft des „hire and fire“. Das bedeutet nicht, morgens am schwarzen Brett zu lesen, ob man noch Mitarbeiter ist oder schon entlassen wurde. Es ist eine sehr verantwortungsvolle Entscheidung zuzulassen, dass in einem betrieblichen Bündnis für Arbeit eine Lohnabsenkung um 10 Prozent vereinbart werden kann, damit das eigene Unternehmen am Weltmarkt auch künftig erfolgreich bestehen kann. Es darf nicht sein, dass – wie bei Howaldtswerke-Deutsche Werft AG vor weni-



gen Monaten geschehen – die IG Metall das Absenken der Löhne um 10 Prozent verhindert mit der Wirkung, dass am Ende der gesamte Containerschiffbau aus Deutschland vertrieben wird und alle Arbeitsplätze in diesem Bereich bei uns verloren gehen. Die Mitarbeiter dieses Betriebes hätten nie so entschieden.

Die Arbeitnehmer haben heute alle Möglichkeiten, sowohl intellektuell als auch durch die Mitbestimmung, selbstständig zu entscheiden. Man darf es ihnen nicht abnehmen.

Das ist, etwas verkürzt ausgedrückt, das Kondensat von Ordnungspolitik: Die Frage zu stellen, warum wir bestimmte Dinge geregelt haben und nach welchen Prinzipien wir sie geregelt haben – Freiheit, Gleichheit, Chancen für gesellschaftliche Partizipation. Das sind Überlegungen, die wir als CDU natürlich auch anstellen, die unsere Arbeitnehmerorganisation auch vertritt. Aber die Bedingungen sind heute andere als früher. Hier müsste man nichts ändern, wenn die Welt gleich geblieben wäre. Da aber die Welt sich geändert hat, spricht vieles dafür, im Falle eines Regierungswechsels sofort die Änderungen im Arbeitsrecht zu beschließen.

Niedriglohnsektor

Das zweite Thema, das wir gemeinsam diskutiert und entwickelt haben, ist der Niedriglohnsektor. Hier muss etwas passieren, denn mittlerweile sind mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen Menschen ohne berufliche Ausbildung. Dieses Problem ist unter der gleichen Fragestellung zu betrachten. Wenn wir den Niedriglohnsektor und betriebliche Bündnisse verwirklichen würden, dann könnten wir anschließend etwas gelassener in dem Sinne über die Steuerreform reden, wie es Präsident Sturm eben gefordert hat. Dann bräuchten sich die öffentlichen Haushalte nämlich nicht mehr dauernd weiter neu verschulden.

Reformen nur in einem Gesamtkonzept

Machbar ist das, wenn man ein umfassendes Bild von Wirtschaft und Finanzen hat und eine Vorstellung davon, welche Wirkungen das Eingreifen an der einen oder anderen Stelle hat. Dann kann man abwägen, wo es sich lohnt, die Kraft

zu konzentrieren und wo man auch etwas nachlassen kann. Wir müssten dann den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht zumuten, dass wir an allen Stellschrauben des Systems gleichzeitig und unkoordiniert drehen, so dass sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen: Wir machen lieber gar nichts mehr, wir bewegen uns nicht mehr, weil alles zu gefährlich geworden ist. An dieser Stelle wird die Bedeutung derjenigen deutlich, die versuchen, sich mit dieser Gesamtheit von Politik zu beschäftigen.



„Arbeitnehmer sind heute in der Lage selbst zu entscheiden“

Das wird gerade in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder eine Rolle spielen – nicht nur unter dem so schätzenswerten Gesichtspunkt der Fachkunde von Friedrich Merz. Horst Seehofer, mit dem wir im Augenblick manchmal intensiv diskutieren, hat einmal gesagt, es gebe auch bei Politikern prinzipiell eine moralische Pflicht zur Sachkunde. Nun, ich glaube, dass Friedrich Merz zur Kaste derer gehört, die diesen Anspruch erfüllen.

Wir werden in den vor uns stehenden politischen Diskussionen Abwägungen vornehmen müssen, bei denen wir den Kompass von Friedrich Merz brauchen werden. Dabei geht es um die Frage: An welcher Stelle ist der Kompromiss es wert auf bestimmte Dinge zu verzichten, um eine Einigung zu bekommen, und an welcher



Stelle sind bestimmte Dinge es wert, auf die Einigung zu verzichten, um sich nicht zu kompromittieren. Ich prophezeie Ihnen, dass sich die Debatten der nächsten drei Monate zu einem beträchtlichen Teil mit dieser Frage beschäftigen werden und dass sie auch meine politischen Freunde und Friedrich Merz aufs Heftigste fordern werden.

Einen Kompromiss zu machen ist prinzipiell einfach. Ich bin von Beruf Anwalt, wie Friedrich Merz auch – im Zweifel können wir alles vergleichen und das fürchten viele von Ihnen ja, wenn sie betroffen sind. Die meisten fürchten den Vergleich im privaten Leben interessanterweise mehr als in der Politik. In der Politik sehe ich im Augenblick dagegen flackernde Augen und die verbreitete Einstellung: „Hauptsache, die vergleichen sich und beschließen mal irgendetwas!“ – wohl wissend, dass es um unterschiedliche Konzepte geht und obwohl sie der Vergleich genauso viel kosten kann und sie davor genauso viel Angst haben müssen.

Zu erklären, wo es richtig ist, einen Schnitt zu machen, erfordert Klarheit im Denken und in der Sprache. Ich verhehle nicht, dass ich glaube, das beste Konjunkturprogramm für Deutschland wäre eine andere Regierung – ich finde, das darf man auch noch gelegentlich sagen. Und ich verhehle auch nicht, meine Damen und Herren, dass ich glaube, dass es bestimmte Dinge gibt, die mit Sozialdemokraten nicht veränderbar sind. Und ich hoffe sehr, dass es uns in der Politik gelingt zu erklären, was wir dort tun, und ich setze sehr darauf, dass Friedrich Merz einer derjenigen ist, die uns helfen zu entscheiden, aber auch helfen zu erklären, denn er kann beides, und wir werden ihn auch für beides noch sehr brauchen.

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!



v. l. Ministerpräsident Roland Koch, UMU-Präsident Hermann Sturm, Preisträger Friedrich Merz, Prof. Roland Berger

▶ ▶
Thomas Voigt,
 Herausgeber Unter-
 nehmermagazin
 impulse, Köln,
Friedrich Merz,
 Ministerpräsident
Roland Koch,
 Werner Küsters,
 Präsident Bundesver-
 band Garten-,
 Landschafts- und
 Sportplatzbau e.V. -
 BGL, Vizepräsident
 Aktionsgemeinschaft
 Wirtschaftlicher
 Mittelstand e.V. -
 AWM, Neuss



Ministerpräsident Koch im Gespräch mit ...
 ▶ **Rolf Leuchtenberger**, Präsident Zentralverband
 Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V., Hamburg



▶ **Günther Riedel**,
 Vorstandsvorsitzender NÜRNBERGER Beteiligungs-AG

Friedrich Merz
 im Gespräch mit
 Vorstandsmitgliedern
 der Aktionsgemein-
 schaft Wirtschaftlicher
 Mittelstand e.V.
 - AWM:
 ▶ ▶ **Karl Besse**,
 Vizepräsident AWM,
 Mechnich,
**Konrad
 Löcherbach**,
 Vizepräsident AWM,
 Bonn,
Ludger Theilmeier,
 Präsident AWM,
 Gütersloh



>>
Friedrich Merz,
Friedrich Bauer,
 Präsident Union
 Freier Architekten
 e.V. - UFA,
 Heidenheim,
Dr. Hermann
J. Kurth,
 Hauptgeschäftsführer Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.-BGL, Bad Honnef



>> **Karl Jörg Bieberstein,** Ministerialrat a. Königswinter, **Dieter Ibielski,** Präsidiat



>>
Dr. Axel Koblitz,
 Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. - ZDK, Bonn,
Wilhelm Hülsdonk,
 Vorstandsmitglied ZDK, Voerde,
Fritz Kuckartz,
 Vorstandsmitglied ZDK, Aachen,
Rolf D. Binnenbrücker,
 Hauptgeschäftsführer ZDK a.D., Lohmar



>> **Reinhard Jo Billstein,** Freier A VDA-Nordrhein-Westfalen, Köln, F

>>
Dr. Joachim Strieder,
 CBH-Rechtsanwältin, Köln,
Prof. Dr. Kurt Bartenbach,
 CBH-Rechtsanw.,
Hanns Schäfer,
 Vorstandsvorsitzender Kölner Haus- und Grundbesitzer Verein,
Dr. Manfred Hecker, CBH-Rechtsanw.



>> **Dr. Werner Rupp,** stv. Vorstandsvorsitzender, **Ulrike Figge,** Geschäftsführerin



...D., UMU-Präsidentialbeirat a.D.,
beirat UMU, Steinbach/Ts.



▶▶
Werner Küsters,
Präsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL,
Vizepräsident Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e.V. - AWM, Neuss
Ulrike Figge,
Geschäftsführerin
RuP Werbeagentur
GmbH, Köln,
Friedrich Merz,
Marc Mauermann,
Leiter Vertrieb Mittelstand,
D2 Vodafone GmbH,
Düsseldorf



Architekt Verband Deutscher Architekten
Prof. **Dr. Rolf Bietmann**, MdB, Köln

▶▶
Dr. Friedrich Homann,
Ministerialdirektor a. D.,
Präsidentialbeirat UMU,
Bonn,
Dr. Martin Posth,
Präsident des Asien-
Pazifik-Forum Berlin
e.V., Mitglied des
Vorstandes der
VW AG a. D., Berlin,
Dr. Hermann J. Kurth,
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband
Garten-, Landschafts-
und Sportplatzbau e.V. -
BGL, Bad Honnef



sitzender NÜRNBERGER Beteil-
in RuP Werbeagentur GmbH, Köln



▶▶
Stefan Lange,
Freier Architekt VDA, Prä-
sidentialbeirat Union Freier
Sachverständiger e.V. -
UFS, Wuppertal,
Prof. **Dr.-Ing.**
Heinz Klopfer,
Präsident Bundesverband
Deutscher Bausachver-
ständiger e.V. - BBauSV,
Hamm,
Monika Glaubitz-Becker,
Präsidentin Union
Deutscher Personalberater
e.V. - UDP, Ratingen,
Friedrich Merz,
Susan Fischer,
Union Freier Berufe e.V. -
UFB, München



Rede des UMU-Mittelstandspreisträgers 2003 Friedrich Merz MdB

Sehr geehrter lieber Herr Sturm,
lieber Roland Koch,
lieber Roland Berger,
meine sehr geehrten Damen, sehr geehrte
Herren, liebe Gäste,

lassen Sie mich zunächst ein herzliches Wort des Dankes sagen für die Auszeichnung. Ich freue mich darüber, und ich bedanke mich für das, was die Union Mittelständischer Unternehmen damit verbindet, genauso wie ich mich darüber freue, was die Laudatoren in zeitweiliger Übertreibung dazu gesagt haben.

Ich habe darum gebeten, dass wir diese Veranstaltung heute abend in Köln machen. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen fühle ich mich in diesen Tagen um so wohler, je weiter ich von Berlin weg bin. Zum zweiten – die meisten von Ihnen wissen es – bin ich ja in Nordrhein-Westfalen groß geworden und bin zwar Sauerländer und Westfale von Geburt und Neigung, habe aber mittlerweile große Teile meines beruflichen Lebens im Rheinland, ja hier in Köln, der größten Stadt Nordrhein-Westfalens, verbracht. Mittlerweile mehr als anderthalb Jahrzehnte verbinden mich beruflich mit dieser Stadt, mit meinem Beruf, dem ich unverändert mit großer Zuneigung, ja mit großer Leidenschaft, angehöre.

Vor einem Neuanfang

Nun, meine Damen und Herren, Sie haben natürlich von den Laudatoren manches über das gehört, was die Politik im Augenblick prägt und

was auch mich in meinem Denken und in meiner politischen Arbeit bewegt. Es ist in der Tat so, wir befinden uns in einer außergewöhnlich schwierigen Lage in unserem Land und wenn man an dieser Lage etwas ändern will, dann muss man sie zunächst richtig beschreiben. Ich mache es seit geraumer Zeit als Mangel der deutschen Politik aus, dass wir uns nicht genügend Klarheit über die Lage verschaffen. Dieses Land befindet sich in einer außergewöhnlich schwierigen wirtschaftlichen Situation und einer der beiden Laudatoren, Roland Koch, hat es vor geraumer Zeit einmal gesagt. Ich will ihm ausdrücklich zustimmen, dass wir in vielerlei Hinsicht vor einem Neuanfang stehen, der in mancherlei Hinsicht dem vergleichbar ist, was vor über 50 Jahren in Deutschland schon einmal als Neuanfang notwendig war.



Unsere öffentlichen Haushalte stecken in einer strukturellen Überforderungskrise. Es gibt kaum einen öffentlichen Haushalt, in dem nicht gegenwärtig die laufenden Ausgaben höher sind als die laufenden Einnahmen. Das gilt für den Bund, die Länder, die Gemeinden und dies gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme.

Es gibt kaum einen öffentlichen Haushalt, in dem nicht gegenwärtig die laufenden Ausgaben höher sind als die laufenden Einnahmen. Das gilt für den Bund, die Länder, die Gemeinden und dies gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme.

Verlust an volkswirtschaftlichem Vermögen

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Jahr erneut konfrontiert mit einem neuen Rekord an Unternehmensinsolvenzen, insbesondere der mittleren und kleinen Unternehmen. Im letzten Jahr sind 38.000 Unternehmen in Deutschland in die Insolvenz gegangen. Wir müssen damit rechnen, dass es in diesem Jahr noch einmal zehn bis fünfzehn Prozent mehr



sein werden, d. h. wir werden uns am Ende des Jahres mit 42.000 bis 43.000 Unternehmensinsolvenzen und deren Folgen zu beschäftigen haben. Ist uns eigentlich hinreichend klar, was dies für die Volkswirtschaft bedeutet? Ist uns klar, welcher Verlust an Substanz für dieses Land damit verbunden ist, nicht nur der von 600.000 Arbeitsplätzen, sondern auch von unternehmerischer Substanz und volkswirtschaftlichem Vermögen?

Der Blick auf die Lage der großen Kapitalgesellschaften in Deutschland macht die Lage nicht besser. Im Jahre 2002 haben die börsennotierten Aktiengesellschaften im dritten Jahr in Folge überdurchschnittlich an Wert verloren. In keinem Land der OECD sind die Aktienkurse und mit den Kursen die Marktkapitalisierung der Unternehmen so zurückgegangen wie in Deutschland. Ist uns klar, was es bedeutet, wenn im Durchschnitt die großen Dax-30-Unternehmen in Deutschland 44 Prozent an Wert verloren haben – fast die Hälfte ihres Wertes im dritten Jahr der Krise? Ist uns allen – hier im Saal ja, aber auch draußen – klar, was es bedeutet, dass die 30 größten Unternehmen zusammen in Deutschland weniger als die Hälfte der Marktkapitalisierung etwa der amerikanischen Microsoft AG haben? Oder anders ausgedrückt: Ist uns klar, was es für die Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft bedeutet, wenn ein großes amerikanisches Unternehmen, und es ist ja noch nicht einmal das größte, mehr als doppelt soviel wert ist wie alle 30 großen deutschen Dax-Unternehmen zusammen?

Einstellung zum Wandel

Ich sage das nicht, um uns die Debatte zu erschweren, sondern um sie uns zu erleichtern. Nur wenn man eine Ausgangslage richtig beschreibt, kann man die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. Wir müssen uns in der Politik wieder Ziele setzen, und zwar nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige. Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass wir in Deutschland das Ziel der Vollbeschäftigung innerhalb einer Dekade durchaus wieder erreichen können. Wir müssen dann allerdings den Menschen in Deutschland viel mehr erklären und wir müs-

sen sie auf dem Weg dorthin auch viel besser „mitnehmen“, wie man in der Politik so sagt, als wir das bisher getan haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Menschen in Deutschland bereit sind politischer Führung auch zu folgen. Man muss ihnen allerdings nicht nur die Gefahren, sondern auch die Chancen des Wandels in hinreichender Weise verdeutlichen.



„Wir können wieder Vollbeschäftigung erreichen“

Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG hat vor einigen Wochen – wie ich finde völlig zu Recht – gesagt: *„Für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft kommt es entscheidend auf die Einstellung zum Wandel an. Wird er nur widerwillig akzeptiert, ist die Startposition denkbar ungünstig“*. Ja, bitte, geben wir es doch zu, auch wir gehören zu denen, die diesen Wandel häufig nur widerwillig akzeptieren und ihn nicht freudig aufnehmen und als Chance begreifen.

Aber wir müssen ihn als Chance begreifen, denn von allen Seiten wird die Konkurrenz schärfer. Wir konnten gerade heute in den Nachrichten hören, dass die holländische Regierung ein Übereinkommen mit den Sozialpartnern getroffen hat, in den nächsten zwei Jahren auf jede Lohn- und Gehaltserhöhung zu verzichten, um die Wettbewerbsbedingungen des Landes zu verbessern. Wir werden im nächsten Jahr um diese Zeit, wenn Sie den nächsten Preisträger ehren, weitere zehn Mitglieder in die Europäische Union auf-



genommen haben. Wir leben in Berlin, nur 70 km von der polnischen Westgrenze entfernt. Wenn Polen im nächsten Mai Mitglied der Europäischen Union geworden sein wird, werden wir zwischen Brandenburg und Breslau ein Lohngefälle von sieben zu eins haben. Ist uns klar, was das bedeutet? Aber nehmen wir auch die Chancen wirklich wahr, die sich mit dieser Osterweiterung der Europäischen Union verbinden?



„Wir müssen über die Lockerung des Tariffkartells sprechen!“

Lösung über Angebotsseite

Ich will eine zweite Bemerkung vorausschicken, bevor ich in wenigen Worten auf die m. E. wichtigen und richtigen Prioritäten in der deutschen Innenpolitik zu sprechen komme. Meine Damen und Herren, wir werden jeden wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland nur von der Angebotsseite der Volkswirtschaft erfolgreich auslösen können. Jeder wirtschaftliche Aufschwung in den letzten fünf Jahrzehnten in unserem Land ist von der Angebotsseite der Volkswirtschaft, also von der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit her, ausgelöst worden und nicht von der Nachfrageseite. Es gab eine Ausnahme, zugegeben, das war die Sonderkonjunktur der deutschen Einheit in den Jahren 1992/93, die natürlich durch den Nachholbedarf in den fünf neuen Ländern ausgelöst wurde – allerdings weitgehend kreditfinanziert und wie wir alle wissen, nicht von Dauer, auch nicht auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden also als Ausgangsposition unsere

Wettbewerbsfähigkeit stärken müssen und dazu will ich aus meiner Sicht in wenigen Worten fünf Prioritäten nennen.

Arbeitsmarkt und Tariffkartelle öffnen

Die erste Priorität ist: Wir brauchen in Deutschland eine Öffnung des Arbeitsmarktes, ebenfalls eine Veränderung der Arbeitsmarktverfassung. Ich habe dazu in den letzten Wochen und Monaten wiederholt auch ganz bewußt mit denen Streit gesucht, die alles gerne so bleiben lassen möchten wie es heute ist, insbesondere mit den Tarifvertragsparteien. Ich nenne sie auch ganz bewußt beide, wohl wissend, dass natürlich der eine der Partner derjenige ist, der Kritik mehr verdient als der andere. Aber, meine Damen und Herren, wir sind hier im Kreis mittelständischer Unternehmer und ihrer Vertreter. Es muss doch möglich sein, dass auf der Ebene der mittelständischen Unternehmen, also bei denen, die nicht über die entsprechende politische Macht und Drohkulisse verfügen, Abweichungen von Tarifverträgen möglich sind, wenn die Beteiligten in den Betrieben das wollen. Man kann und muss, wie ich finde, in diesem Zusammenhang über die Lockerung des Tariffkartells in Deutschland sprechen.

Nicht nur Philipp Holzmann, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen müssen das Recht bekommen, wenn die Beteiligten in den Unternehmen es denn übereinstimmend wollen, von den Kernbestandteilen von Tarifverträgen abzuweichen. Wenn der Weg, den wir aufgezeigt haben, nicht geht und dagegen gibt es in der Tat ernstzunehmende, auch verfassungsrechtliche Argumente, dann werden wir uns über andere Lösungen zu unterhalten haben, etwa über die Frage, ob denn die Nachwirkung von Tarifverträgen tatsächlich unbegrenzt sein muss oder nicht etwa auf ein Jahr begrenzt sein könnte. Und ob denn nicht auch die Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge aus dem Gesetz herausgenommen werden sollte.

Ich halte es übrigens für die strategisch wichtigste Weichenstellung in Deutschland, dass wir gerade im Bereich unserer Arbeitsmarktverfassung und unseres Arbeitsrechtes zu einer Modernisierung kommen.



Korrekturen im Sozialsystem

Die zweite große Aufgabe steht uns in diesen Tagen bevor. Darüber ist schon heute nachmittag in Berlin im Vermittlungsausschuß zwischen Regierung und Opposition erstmalig verhandelt worden, nämlich über die Neuordnung unserer sozialen Transfersysteme. Es sitzen hier dankenswerterweise eine Reihe von Kollegen und Kommunalpolitikern im Saal. Jeder Kommunalpolitiker bestätigt uns seit langer Zeit – unabhängig von seiner parteipolitischen Zugehörigkeit – dass wir durch unsere Transfersysteme auf dem Arbeitsmarkt völlig falsche Anreize setzen und dass wir mittlerweile Sozialhilfekarrieren in der zweiten und dritten Generation herangebildet



„Die Anreize müssen richtig gesetzt werden!“

haben. Meine Damen und Herren, nicht den Betroffenen oder denen, die es in Anspruch nehmen, gilt der Vorwurf, sondern uns. Wir sind diejenigen, die über Jahre und Jahrzehnte die Entscheidungen falsch getroffen haben, jede einzelne vielleicht gut begründet, in der Summe aber in die vollkommen falsche Richtung gehend.

Hier etwas zu korrigieren ist sicher schmerzhaft. Aber wenn es richtig ist, dass von den drei Millionen Sozialhilfeempfängern in Deutschland eine Million arbeitsfähig ist, dann stellt sich die Frage, warum es uns nicht gelingt, sie wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuintegrieren. Die Behauptung, dass wir in Deutschland nicht ge-

nug Arbeit hätten, ist bereits eindrucksvoll widerlegt, auch durch das, was heute Abend hier schon gesagt worden ist. Eine Volkswirtschaft, die 380 bis 400 Milliarden Euro in der Schattenwirtschaft erwirtschaftet, Jahr für Jahr und zwar mit beachtlichen Wachstumsraten, hat längst unter Beweis gestellt, dass ein genügend großes Arbeitspotential vorhanden ist. Ein Sozialprodukt von 400 Millionen Euro in der Schattenwirtschaft stellt ein Äquivalent von 6 Millionen Vollzeit Arbeitsplätzen dar.

Wir könnten die Probleme lösen, meine Damen und Herren, wenn wir die Anreize richtig setzen und wir in der Politik auch einmal bereit sind nein zu sagen, wenn es darum geht, maßlose Forderungen zurückzuweisen.

„Herzog-Reform“

Drittens: Wir werden auch in den sozialen Sicherungssystemen zu ganz grundlegenden Korrekturen kommen müssen. Ich werbe sehr dafür, dass Sie uns auf diesem Weg, den wir in der letzten Woche mit der Beschlussfassung in der CDU begonnen haben, als wir uns die Herzog-Vorschläge zu eigen gemacht und sie in die öffentliche Diskussion gebracht haben, aktiv, kritisch, aber auch konstruktiv begleiten. Wir haben uns dabei auch von Grundüberzeugungen leiten lassen, bei der Rentenversicherung nämlich von der, dass die Rente immer noch – und hier hat Norbert Blüm unverändert recht – ein Stück Alterslohn für Lebensleistung ist und deswegen einen Bezug auch zum Erwerbsleben braucht. Daher darf die Verbindung zwischen dem Arbeitsverhältnis und den Rentenleistungen nicht völlig aufgelöst werden.

Aber dies ist eben bei der Krankenversicherung genau nicht der Fall. Bei der Krankenversicherung ist das Risiko gleich und hier kann ich die Meinung des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden unserer Schwesterpartei nicht unterstützen, wenn er sagt, dass dann ja der Pförtner und der Chef die gleichen Prämien zahlen würden. Ja, meine Damen und Herren, beide tragen auch das gleiche Risiko. Das Arbeitsverhältnis hat damit nichts zu tun, sieht man einmal von betriebsbedingten Erkrankungen ab, die anderweitig abgesichert sind. Arbeitsverhältnis und



Krankenversicherungsverhältnis müssen voneinander getrennt werden, wenn wir es mit der Absenkung der Lohnzusatzkosten in Deutschland ernst meinen.

Es bestreitet niemand, dass ein sozialer Ausgleich notwendig ist. Darüber kann man reden, darüber muss man, wie ich finde, auch im Steuersystem sprechen. Und ich werde natürlich bei meinen Vorschlägen in der übernächsten Woche berücksichtigen, dass das steuerfreie Existenz-



„Sozialer Ausgleich bleibt notwendig“

minimum auch die existenznotwendigen Aufwendungen für die Gesundheitsvorsorge abdecken muss. Und diejenigen, die ein entsprechendes Existenzminimum nicht selbst verdienen, brauchen natürlich auch einen entsprechenden Transfer aus den öffentlichen Haushalten. Aber, meine Damen und Herren, doch bitte in dieser Reihenfolge. Wenn unser Menschenbild noch stimmt, dann hat dies doch auch zur Konsequenz, dass wir zunächst einmal die Frage stellen, ob die Menschen in Deutschland nicht selbst in die Lage versetzt sein müssen für sich zu sorgen, statt zuerst den paternalistischen Staat zu fragen.

Wirtschaft in die Schule

Ich will als fünftes und letztes hinzufügen und es mag Sie überraschen, dass ein Bundespolitiker dies tut: Wir müssen natürlich auch eine wirkliche Kraftanstrengung in der Bildungspolitik un-

seres Landes unternehmen. Es ist ja leider wahr, dass die Schulen in Deutschland eben nicht wirklich auf die großen Aufgaben des Berufs und des späteren Lebens vorbereiten. Und ich habe deswegen darum gebeten, dass wir die Prämie, die mit diesem Preis verbunden ist, der Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft zur Verfügung stellen, die sich seit vielen Jahren, häufig mit sehr bescheidenen Möglichkeiten, darum bemüht, unser Ordnungsbild der sozialen Marktwirtschaft in den Schulen zu vermitteln.

Ich möchte dazu einen Beitrag leisten, auch aus der Erfahrung der Schulzeit meiner Kinder, die nämlich genauso wie ich während ihrer Schulzeit von denen, die unsere Wirtschaftsordnung so geprägt haben, von Alfred Müller-Armack, von Ludwig Erhard und vielen anderen über alle Jahrgangsstufen der Grund- und weiterbildenden Schulen nichts, aber auch gar nichts gehört haben. Wie sollen denn diejenigen, die dann erwachsen sind, diese Wirtschaftsordnung vertreten, sie aktiv unterstützen, sie auch weiterhin tragen, wenn sie während der wichtigsten Zeit ihrer Ausbildung davon überhaupt nichts gehört haben?

Deswegen möchte ich, dass wir uns nicht nur über die Bildungspolitik im engeren Sinne miteinander verständigen, sondern eine öffentliche Debatte auch über die Frage führen, wie wir denn unseren Kindern ein Stück Lebendigkeit im Verständnis unserer politischen Ordnung und auch und insbesondere unserer wirtschaftlichen Ordnung mit auf den Weg geben können.

Nun meine Damen und Herren, wenn Sie diese Gedanken mit mir teilen, dann freue ich mich in besonderer Weise und bedanke mich erneut für die Auszeichnung. Wenn Sie sie bisher mit mir nicht geteilt haben, aber nach meinen gesetzten Worten jetzt vielleicht überzeugt sind, dann habe ich diese Auszeichnung auch verdient.

Herzlichen Dank.



Franz Biedermann,
Vizepräsident Zentral-
verband Deutscher
Ingenieure e.V. -
ZDI-EUEA, Feldafing,
Dr. h.c. Frank Friedrich,
Verwaltungsrat Europäi-
sche Union Mittelständ-
licher Unternehmen -
EUMU, Brüssel,
Susan Fischer,
Union Freier Berufe e.V. -
UFB, München,
Monika Glaubitz-Becker,
Präsidentin Union Deut-
scher Personalberater
e.V. - UDP, Ratingen,
Stefan Lange,
Präsidentbeirat Union
Freier Sachverständiger
e.V. - UFS, Wuppertal,
Elfriede Biedermann,
Präsidentin Verband
Deutscher Architekten
e.V. - VDA, Feldafing



Dr. Peter von Borch,
Hauptgeschäftsführer
UMU, München,
Alfons Kraus,
Aufsichtsratsvorsitzen-
der UFB/UMU AG,
Nürnberg,
Reimer Runge,
Vorstand UFB/UMU
AG, Dortmund



Peter Strumberger,
Vorstand Strumberger
Wieland Steuerbera-
tungsgesellschaft AG,
München,
Dr. Dietrich Schaaß,
Präsident Berufsver-
band der Apotheker
e.V. - BDA, Berg,
Dr. Joachim Molitor,
Geschäftsführer
Antiseptica Chem.
Pharm. Produkte
GmbH, Pulheim





>>
Friedrich Merz,
Prof. Roland Berger,
Dr. Werner Rupp, stv.
 Vorstandsvorsitzender
 NÜRNBERGER
 Beteiligungs-AG,
 Nürnberg



>>
Walter Burk und
Marc Mauermann,
 Vertrieb Mittelstand
 Vodafone D2
 GmbH, Düsseldorf



>> **Axel Schmitz,** Vizepräsident Union Freier
 Berufe Versorgungswerk e.V., Köln,
Alfons Kraus, Aufsichtsratsvorsitzender
 UFB/UMU AG, Nürnberg

>>
Christian
DuMont Schütte,
 Geschäftsführung
 DuMont
 Verlagshaus, Köln,
Jürgen Pinne,
 Präsident Deutscher
 Steuerberater-
 verband, Oberweser



>>
Bettina Raddatz,
 Leiterin Europäisches
 Informations-Zentrum (EIZ),
 Staatskanzlei Nieder-
 sachsen, Hannover,
Walter Röthemeier,
 Bleckede,
Peter Strumberger,
 Vorstand Strumberger
 Wieland Steuerbera-
 tungsgesellschaft AG,
 München



▶▶
Günther Riedel,
 Vorsitzender des
 Vorstandes der
NÜRNBERGER
 Beteiligungs-AG,
 Nürnberg
**Ministerpräsi-
 dent Roland
 Koch**,
 UMU-Präsident
Hermann Sturm



▶▶ **Arno Baretta**, Präsidiarbeitsrat Zentralverband
 Deutscher Ingenieure e.V., Herten,
 UMU-Präsident **Hermann Sturm**



▶▶ **Ludger Theilmeier**, Präsident Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher
 Mittelstand e.V.-AWM, Gütersloh, **Dr. Claus-Michael Dill**,
 Vorsitzender des Vorstandes AXA-Konzern AG, Köln



▶▶ **Christian Dagg**, Vorsitzender des Vorstandes Rekord Finanz-
 dienstleistung AG, Düsseldorf, **Wolfgang Leiber**, Präsident
 Votum e.V., Kalchreuth, **Günther Riedel**



▶▶
Thomas Voigt,
 Herausgeber
 Unternehmerrmagazin
 impulse, Köln,
Rolf Leuchtenberger,
 Präsident Zentralverband
 Deutsches Kraftfahrzeug-
 gewerbe e.V. - ZDK,
 Hamburg,
Günther Riedel



Rede Thomas Voigt, Herausgeber impulse

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,
hochverehrter Herr Professor Berger,
lieber Herr Sturm, meine Damen und Herren,

mein Name ist Thomas Voigt, ich bin Chefredakteur (jetzt Herausgeber; Anm. d. R.) des Kölner Unternehmermagazins impulse, das einmal im Jahr gemeinsam mit der Union Mittelständischer Unternehmen Ausschau hält nach einem neuen Träger für den UMU-Mittelstandspreis.

Meine Damen und Herren, die Laudatoren haben die besonderen Leistungen von Herrn Merz für die deutschen Unternehmer bereits mit Prägnanz und Wortgewalt dargestellt. Mir bleibt da nur der Versuch übrig, mit einigen Anmerkungen aus der Sicht eines Wirtschaftsjournalisten den Menschen

Friedrich Merz noch in der einen oder anderen ungewohnten Facette vorzustellen. Und vielleicht, aber das ist ein sehr kühnes Vorhaben, ihm aus unserer aktuellen journalistischen Arbeit einige Hinweise mit zu geben, die möglicherweise bedeutsam sein könnten für die jetzt in Berlin anstehenden Reform-Entscheidungen.

Jetzt bitte ich Sie, für einen Moment diesen freundlich lächelnden Friedrich Merz, der hier mitten unter Ihnen sitzt und Sie so sympathisch zu unterhalten vermag, einfach zu vergessen. Und versuchen Sie sich doch einmal ein Bild von einem Menschen zu machen, über den wir das Folgende wissen: Er ist Vater von zwei Töchtern und einem Sohn, der mit seiner Frau Tanzkurse besucht, der zu Hause Meerschweinchen und Zierfische hält, der Klarinette spielt und der

in einem Dorf lebt, das Niedereimer heißt, irgendwo in der westdeutschen Provinz.

Gewaltiger Respekt

Können Sie sich vorstellen, dass ein Mensch mit diesem – nun sagen wir einmal – nicht wirklich aufregenden Profil tatsächlich einer amtierenden Bundesregierung das Fürchten lehren kann? Dass ein amtierender Wirtschafts- und Arbeitsminister, übrigens selbst Träger des UMU-Mittelstandspreises,

nach heftigen Debatten im Plenum ihn anruft, um hinter den Kulissen seinen Frieden mit dem angriffslustigen und wortgewandten politischen Gegner machen zu dürfen? Ich weiss, Herr Merz sagt stets, solche Gespräche mit Herrn Clement habe es nicht gegeben. Selbst wenn es nur eine Anek-



„Angriffslustig und wortgewandt“

dote wäre, so zeugt sie doch, wie alle Anekdoten, von einem wahren Kern. Diese Bundesregierung hat gewaltigen Respekt vor dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das ist das Eigentümliche an Friedrich Merz: Seine politischen Gegner und auch einige seiner Parteifreunde schlafen unruhig bei dem Gedanken, schutzlos seinem scharfen Verstand und seinem gewaltigen Fachwissen ausgeliefert zu sein. Gleichzeitig aber suchen sie seine Nähe, sind bestrebt, seine Gedanken zu erfahren, wollen seine Meinung hören. Auch wenn sie wissen, dass sie dabei Gefahr laufen, dass er ihr eigenes Argumentationsgebäude einreißt und sie es hernach nicht wieder aufbauen können. Das Beispiel Clement mag umstritten sein. Belegt ist



hingegen der Anruf von DGB-Chef Michael Sommer, der Friedrich Merz um ein Vier-Augen-Gespräch bat. Ausgerechnet den CDU-Politiker, der Tage zuvor die Gewerkschaften als größten Reformbremsen öffentlich und bundesweit gebrandmarkt hatte.

Was zog den Gewerkschafter zu seinem schärfsten Kritiker? Wir können es nur mutmaßen. Für mich ist ein Motiv offenkundig – dahinter steckt ehrlicher Respekt vor der analytischen Leistung des Gegenübers. Und die stille Hoffnung, von dem anderen lernen zu können. Auch wenn man dies nie öffentlich zugestehen würde – was kann man größeres über den politischen Gegenspieler sagen?

Erlauben Sie mir, zwei Stellen aus Interviews mit Friedrich Merz zu zitieren, die wir im Laufe der letzten Jahre mit ihm geführt haben. Vor fast drei Jahren, als Helmut Kohls umstrittenes Tagebuch mit seiner noch mehr umstrittenen Darstellung der Spendenaffäre erschienen war, haben wir ihn gefragt: „Herr Merz, haben Sie das Buch gelesen?“ Seine Antwort war ein sehr knappes „Ja.“ Unsere Nachfrage: „Und stimmt es mit Ihrer Erinnerung überein?“ Merz antwortete, und bitte achten Sie auf jedes Wort: „Vieles von dem, was Helmut Kohl berichtet, entspricht auch meiner Erinnerung.“ Chapeau, Herr Merz!

Kompetenz und klare Worte

Als wir Friedrich Merz in diesem Frühjahr zum Gespräch trafen, ging es nicht um einen Ex-Kanzler, sondern um künftige Kanzlerkandidaten. Wir wollten wissen: „Wie sieht die politische Zukunft von Friedrich Merz aus? Wären Sie gerne Bundeskanzler?“ Seine Rückmeldung: „Nein, ich habe mich mit dem Gedanken nie beschäftigt und

gedenke es auch nicht zu tun.“ Das Bemerkenswerte daran ist zweierlei: Eine klare Antwort auf eine klare Frage – das hat in Berlin Seltenheitswert. Und – bei jedem anderen Befragten wären wir spätestens jetzt mißtrauisch geworden. Friedrich Merz, so fürchte ich, muss man beim Wort nehmen. Was daran schlimm ist? Die Union ist nicht gerade gesegnet mit wirtschaftspolitischer Kompetenz. Ein harsches Urteil, ich lege noch eins drauf: Mir scheint, je weiter man die Parteihierarchie nach oben geht, umso schärfer tritt dieser Mißstand zu Tage. Im übrigen erhebe ich nicht den Anspruch auf geistige Urheberschaft für diese Einschätzung. Wenn Sie mit Ihren Unternehmerkollegen im CDU-Wirtschaftsrat oder in der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung reden, fällt dieses Urteil noch viel ungeschminkter aus.



„Was wäre seine Partei ohne Friedrich Merz?“

Erinnern Sie sich nur an die jüngste Berichterstattung der Sonntagszeitungen vom vergangenen Wochenende. Da erklärt Hermann Josef Arentz, Vorsitzender des wieder mächtiger werdenden Arbeitnehmer-

flügels in der Union, er sei auf der Suche nach einem »dritten Weg«, irgendwo zwischen Sozialstaat einerseits und ungezügelm Kapitalismus andererseits. Das klingt wie die SPD in den 70er Jahren – nur dass kein Sozialdemokrat sich heute noch trauen würde, die These vom Dritten Weg auszupacken. Immerhin, der Vorsitzende der NRW-CDU, kein Geringerer als Jürgen Rüttgers, zeigt Sympathie für den Vorstoß von Arentz.

Reformmotoren und Bremsen

Die Sozialdemokratisierung der Union, wie manche meiner Kollegen dieses Phänomen bezeichnen, hat verheerende Wirkung auf die Wähler. ▶



Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts. Im Auftrag von impulse und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hatten die Interviewer 3500 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger befragt: „Wer ist der größte Reformmotor?“ Die CDU/CSU kam nur auf Platz fünf, hinter der Bundesregierung, den Expertenkommissionen von Hartz und Rürup und sogar noch hinter der SPD. Fazit: Nicht einmal jeder vierte Deutsche über 16 hält die Unionsparteien für Reformmotoren. Und es kommt noch schlimmer für die Union. Allensbach hat eine zweite Gruppe in der Bevölkerung gefragt: „Und wer sind die größten Reformblockierer?“ Das brisante Ergebnis: An der Spitze des Blockierer-Rankings stehen zwar Gewerkschaften und Lobbyisten – doch als erste Blockiererteilnehmer werden CDU und CSU genannt. Fatal für die Wirtschaftspolitik der Union – unterm Strich sehen nur 23 Prozent der Deutschen in der Union eine Reformpartei, eine relative Mehrheit von 28 Prozent indes erkennt in ihr die wahren Blockierer.

Dies belegt – kehren wir zum Anlaß unseres heutigen Treffens zurück – wie wertvoll Menschen mit wirtschaftspolitischem Sachverstand an der Spitze der Unionsparteien sind – leider aber eben auch wie selten. Die vorgenannte Studie, nachzulesen in der Oktober-Ausgabe von impulse, enthält eine weitere wichtige Erkenntnis für die Teilnehmer an dieser Veranstaltung. Gefragt nach den Reformblockierern in der Wirtschaft, antworten die Menschen in diesem Land, dass die kleinen und mittleren Firmen, die ebenso hartnäckig wie vergeblich mehr unternehmerische Freiheit einfordern, dies keinesfalls sind. Nur 6,8 Prozent der Befragten sind anderer Ansicht. Ganz anders das Bild bei Lobby und Konzernen. Berufsverbände, Großunternehmen und – man höre – die Arbeitgeberverbände gelten als Betonköpfe und Reformverweigerer. Weit über 30 Prozent der Befragten sind dieser Meinung. Das Kernergebnis dieser Studie – der größten repräsentativen Umfrage zum Thema Reformen – hat der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, heute Kuratoriumsvorsitzender der



Preisverleihung im Excelsior Hotel Ernst, Köln



Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, auf den Punkt gebracht: *„Die Einsicht der Bürger in die Notwendigkeit von Reformen wächst. Aber wenn es konkret wird, sinkt die Bereitschaft, auf gewohnte und liebgewonnene Besitzstände zu verzichten. Die Bürger können aber auch nicht die treibende Reformkraft sein. Das muss die Politik tun.“* Zitat Ende.

Hoffnungsträger Merz

Und schon sind wir wieder bei Friedrich Merz und beim UMU-Mittelstandspreis. Der Preis sollte immer nicht nur Auszeichnung sein für erbrachte Leistung, sondern auch Ansporn für künftige Taten. Diese Wirkung trat bei vielen Preisträgern ein, manche, wie der amtierende Bundeskanzler und Träger des Mittelstandspreises von 1997, gerieten danach zu sehr in die Abhängigkeit Dritter und verloren dieses Ziel aus den Augen. Um so mehr ruht die Hoffnung vieler Unternehmer auf dem Politiker Friedrich Merz. Damit Wirtschaftspolitik in Berlin wieder Vorrang hat vor Sozialpolitik. Damit unternehmerische Freiheit wieder einen höheren Stellenwert genießt als der inhärente Drang des Staats, alle Lebensvorgänge im Detail regeln zu wollen.

Dass Friedrich Merz ein wahrer Kämpfer für diese Sache ist, in welcher Rolle auch immer seine Partei ihn ins Rennen schicken mag, zeigt eine Äußerung, die ebenfalls aus unserem Gespräch in diesem Jahr stammt. Er sagte wörtlich: *„Wir müssen dem Wähler klar machen, dass die heutige Wohlstandsillusion nicht haltbar ist. Dabei haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Wir müßten uns aber viel mehr Zeit nehmen, um die Bevölkerung zu informieren und mitzunehmen. Ich habe früher bei Reden drei Viertel meiner Zeit über Lösungen geredet, heute rede ich drei Viertel der Zeit über Probleme. Erst dann verstehen die Menschen, wie ernst die Lage ist.“* Zitat Ende.

Lieber Herr Merz, wenn es stimmt, was Graf Nayhauf über Sie in der Bild-Zeitung schreibt, - und wer weiß schon mehr über Berliner Politiker als er - dann waren Sie bei der Bundeswehr als Panzerartillerist eingesetzt. Mir scheint fast, diese Qualifikation ist künftig für Ihre Arbeit vielleicht noch viel wichtiger als der ihnen nachgesagte sauerländische Dickschädel. Dabei viel Erfolg, und Ihnen allen herzlichen Dank für Ihre Geduld, Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.



Rede von AWM-Präsident Ludger Theilmeier

Sehr geehrter Herr Merz, sehr geehrter Herr Sturm, meine Damen und Herren,

als Sie, Herr Sturm, an uns herangetreten sind, ob wir die UMU-Preisverleihung auch in diesem Jahr unterstützen, ist es uns als dem Dachverband der Dienstleistungswirtschaft nicht schwer gefallen, Ja zu sagen. Denn der heutige Preisträger ist auch aus unserer Sicht die richtige Wahl. Denn Sie, Herr Merz, sind jemand, der sich für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen einsetzt – und dies schon seit Jahren.



„Friedrich Merz setzt sich für die Mittelständler ein“

Dabei sind Sie niemand, der gerade nach der politischen Stimmungslage oder nach seinem kurzfristigen Vorteil schießt. Ich glaube, das kann Ihnen niemand nachsagen, der Ihre politische Laufbahn ein wenig verfolgt hat. Und gerade in den letzten Monaten haben wir dies auch wieder sehen können als es um die Gesundheitsreform ging.

Enkel Ludwig Erhards

Wenn ich davon spreche, dass Sie eine Politik im Interesse des Mittelstands vertreten, dann heißt das überhaupt nicht, dass Sie Klientelpolitik betreiben. Weit gefehlt. Im Gegenteil. Sie vertreten eine klare ordnungspolitische Denkrichtung, die sich an den Eckpfeilern der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Nicht zu Unrecht werden Sie daher auch immer wieder als geistiger Enkel Ludwig Erhards betitelt. Ein Attribut, das nur

wenigen zudedacht ist – aber aus meiner Sicht um so mehr als Auszeichnung ihrer politischen Arbeit zu begreifen ist.

Für uns, die Inhaber der kleinen und mittleren Betriebe, kann es auch gar nicht um die Verfolgung einer Klientelpolitik gehen. Wir müssen uns selber eingestehen, dass hier andere stärker und effektiver arbeiten, als uns das – aufgrund der naturgemäß knappen Ressourcen – jemals möglich wäre. Ich denke dabei an die Unternehmensteuerreform des Jahres 2000, die den Konzernen im Vergleich zu den KMU große Vorteile eingeräumt hat. Ich denke dabei aber auch an das Betriebsverfassungsgesetz, das vor allem den Gewerkschaften geschuldet war.

Nun wird sicher der eine oder andere einwenden: Moment, Ihr Mittelständler fordert doch auch ständig irgendwelche Ausnahmeregelungen und Sondertatbestände. Was redet Ihr hier von hehrer Ordnungspolitik? Ja, dieser Einwand ist vordergründig gerechtfertigt. Denn niemand kann doch ernsthaft von einem Verband, wie etwa der AWM, erwarten, dass er nicht auf dem Feld mitspielt, auf dem sich die anderen Interessenvertreter tummeln. Das wäre nicht vertretbar gegenüber unseren Mitgliedern. Das wäre aber auch unverantwortbar gegenüber dem Standort Deutschland. Denn dieser stützt sich in erster Linie auf die kleinen und mittleren Unternehmen, die wir vertreten.

Weg zwischen den Interessengruppen

Natürlich, wir spielen dieses Spiel mit. Und ich sage ihnen auch, eine der grundsätzlichen Spielregeln hier lautet: derjenige, der nicht mitspielt, der draußen steht, ist der erste, der Nachteile erleidet, der ausgebootet wird. Das muß man sehen. Ich glaube jeder in diesem Saal kennt diese Spielregel. Ich unterstelle dabei niemandem Boshaftigkeit. Oft ist es so, dass man die Belange einer anderen Interessengruppe gar nicht sieht oder einschätzen kann. Und ich muss sagen, ich beneide die Parlamentarier überhaupt nicht, zwischen all den vertretenen und verfassten Interessen den richtigen politischen Weg einschlagen zu müssen.



Nicht mehr zeitgemäßes Ritual

In diesem Zusammenhang muss ich aber auch sagen: viele politisch verantwortliche der letzten Jahre und Jahrzehnte haben im politischen Dickicht die Orientierung verloren. Zumindest die Orientierung an dem Leitgedanken, der die Bundesrepublik maßgeblich begründet und zunächst geleitet hat: die Soziale Marktwirtschaft. Diesen Vorwurf muss ich der Politik machen und ich möchte auch klar bekennen, dass wir als Interessenvertreter sämtlich unseren Anteil daran haben. Ich stelle aber auch eines fest. Die Ermüdungserscheinungen auf allen Seiten werden größer. Das ständige Ritual bei diesem Spiel des Nehmens und Gebens, der Kompromisse zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, hat sich tot gelaufen. Nicht nur, dass es die Menschen anwidert. Sie wenden sich ab von den Parteien – aber auch von den Verbänden. Und dies auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite. Wir haben mit dieser Politik auch eine Sackgasse beschritten, die unser System in eine tiefe Krise gestürzt hat und weiter stürzen wird, wenn wir nicht radikal gegensteuern.

Dank für Verantwortungsbewusstsein

Und ich glaube, jeder in diesem Saale kann zustimmen, wenn ich sage: Herr Merz, Sie sind einer der Politiker, die dies bereits vor langer Zeit erkannt haben und energisch das Ruder rumreißen wollen. Nicht aus irgendeinem Partialinteresse, sondern ich glaube, aus Ihrem tiefen Verantwortungsbewusstsein gegenüber unserem Land und seinen Bürgern. Lassen Sie mich das hier in aller Deutlichkeit sagen: Wir Mittelständler sind Ihnen dafür zu außerordentlichem Dank verpflichtet. Denn alleine in diesem ordnungspolitischen Rahmen, der Freiheit und Eigenverantwortung vor Gleichheit und Bevormundung stellt, der die Chancen höher wertet als die Risiken, sind wir als Unternehmer in der Lage, kreativ und dynamisch tätig zu sein: das heißt unsere Betriebe in Schwung zu bringen und zu halten. Denn was nützt ein steuerlicher Vorteil an der einen Stelle, wenn Sie an anderen Stellen fünf Nachteile zu verkraften haben? Gar nichts.

Meine Damen und Herren, ich brauche an dieser Stelle nicht all die politischen Felder aufzuzäh-

len, in denen eine grundlegende Erneuerung in diesem Sinne nötig ist. Das ist heute schon ausgiebig getan worden. Ich will nur noch eine kurze Bemerkung machen zu dem Konflikt, der in den nächsten Monaten unsere politische Landschaft durchziehen und erschüttern wird. Es ist der Kampf, der von Ihren Gegnern, Herr Merz, unter dem Banner der vermeintlichen Wahrung



„Wir müssen zurück zur Sozialen Marktwirtschaft!“

der sozialen Gerechtigkeit geführt wird. Sofern es sich dabei nicht um versteckte Besitzstandswahrer handelt, kann man Ihre Gegner sicher gar nicht treffender als mit „Sozialromantiker“ bezeichnen.

Nun, die Wirklichkeit ist eine andere. Das wissen alle, die nicht in den Wärmestuben der Ämter und Gewerkschaften sitzen, sondern im Wind der globalisierten Wirtschaft – ob als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer.

Sehr geehrter Herr Merz, ich versichere Ihnen, Sie haben in diesem Konflikt die mittelständische Wirtschaft auf Ihrer Seite. Denn Sie wollen etwas Neues wagen, das jenseits der alten Pfade der Konsenspolitik liegt und trotzdem eine klare Richtung aufweist: zurück zur Sozialen Marktwirtschaft. Ich bin dabei der festen Überzeugung: Wenn wir diesen Weg gehen, dann hat Deutschland eine echte Chance, sich aus der Krise zu befreien. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Ihnen, Herr Merz, Glück für Ihr weiteres politisches Wirken.

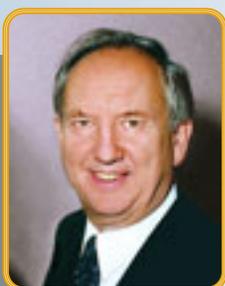


Die Träger des UMU-Mittelstandspreises

1994

**Dr. Ingo
Friedrich**
MdEP

Europaabgeordneter
und heutiger
Vizepräsident des
Europaparlaments



1995

**Gunnar
Uldall**

damaliger wirtschafts-
politischer Sprecher
der CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion und
heutiger Wirtschafts-
senator von Hamburg



1996

**Dr. Hermann
Otto Solms**
MdB

damaliger Vorsitzen-
der der FDP-Bundes-
tagsfraktion und heu-
tiger Bundestags-
vizepräsident



1997

**Gerhard
Schröder**
MdB

damaliger
Ministerpräsident
von Niedersachsen
und amtierender
Bundeskanzler



1998

**Dr. Edmund
Stoiber** MdL

Ministerpräsident
des Freistaates
Bayern



1999

**Wolfgang
Clement**

damaliger Minister-
präsident von
Nordrhein-Westfala-
nen und heutiger
Bundesminister für
Wirtschaft und
Arbeit



2000

**Christine
Scheel** MdB

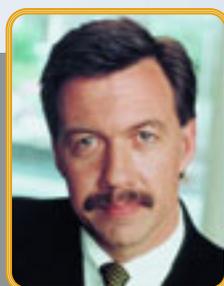
Vorsitzende
des Finanzaus-
schusses des
Deutschen
Bundestages



2001

**Dr. Walter
Döring** MdL

stellv. Minister-
präsident
und Wirtschafts-
minister von Baden-
Württemberg



2002

**Roland
Koch** MdL

Ministerpräsident
von Hessen





Impressum

Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU
Edelsbergstraße 8 • 80686 München • Tel. (0 89) 57 00 7-0 • Fax (0 89) 57 00 72 60
e-mail: info@umu.de • www.umu.de

Alle Rechte vorbehalten.

Druck oder Vervielfältigung, ganz oder teilweise, auf Anfrage gestattet.
Herausgeber: Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU, München
Redaktion/verantwortlich: Dipl.-Kfm. Hans Stigler
Druck: Ehrnsperger, München
Bezug/Bestellung: schriftlich an die UMU